



Klimaextremisten stoppen.

In den öffentlich-rechtlichen Medien werden die Straftäter der linksextremistischen Vereinigung „Letzte Generation“ als Aktivisten bezeichnet, obwohl es sich tatsächlich um Straftäter handelt.

Neben Blockade- und Störaktionen im Bereich von Museen, Straßen und Flughäfen werden insbesondere auch Angriffe auf die Energieeinrichtungen vorgenommen. Es besteht die Gefahr der weiteren Gewalteskalation in Richtung einer grünen RAF.

Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir fordern:

- ▶ Linksextremistische Terrorbündnisse wie die „Letzte Generation“ verbieten.
- ▶ Klimaextremisten für ihre Taten konsequent bestrafen.

[Hier geht's zum Antrag \(Drucksache 7/6550\):](#)



FÜR SIE IM ARBEITSKREIS INNERES,
RECHT & KOMMUNALES:

Lars Schieske
Wilko Möller
Michael Hanko
Lena Kotré
Daniel Freiherr
von Lützow
(v.l.n.r.)



Dafür setzen wir uns für Sie im Landtag Brandenburg ein:

- ✔ Grenzen sichern, Ausreisepflichtige abschieben! (u.a. Drucksache 7/6398)
- ✔ Bürger schützen, Straftäter verfolgen! (Drucksache 7/5319)
- ✔ Polizei stärken, Kriminalität bekämpfen! (Drucksache 7/1810)
- ✔ Feuerwehren stärken, Löschflugzeuge anschaffen! (Drucksache 7/3496)
- ✔ Rechtsstaat und Demokratie erhalten, Antifa verbieten! (Drucksache 7/4879)

So! geht Demokratie.



Herausgeber:
AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon:
0331/ 966 1806
E-Mail:
info@afd-fraktion.brandenburg.de

*Diese Publikation darf nicht für Partei- oder Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.
Erstellungsdatum: April 2023*

DIE AFD-FRAKTION INFORMIERT



So! geht Sicherheit.

Der Staat hat die Pflicht, unser Leben, unsere körperliche Unversehrtheit und unser Eigentum zu schützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese Pflicht auch zur Realität wird.

So! geht Demokratie.



Wir kämpfen für Ihre Sicherheit und Ihre Rechte!

Der Bereich Inneres betrifft die innere Sicherheit, das heißt die Sicherheit der Gesellschaft und des Staates vor Kriminalität, Terrorismus und vergleichbaren Bedrohungen. Die tatsächlichen Bedrohungen wie organisierte Kriminalität sowie die Extremismusbekämpfung sämtlicher Bereiche (Links-, Rechts-, islamistischer- und ausländischer Extremismus) sind zu fokussieren. Zu dem Bereich Inneres gehört auch die konsequente Anwendung des Rechts wie die sofortige Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer. Zudem ist eine erweiterte Videoüberwachung öffentlicher Plätze zur Kriminalitätsbekämpfung vorzunehmen.

Lena **Kotré**

VORSITZENDE DES ARBEITSKREISES
INNERES, RECHT & KOMMUNALES
DER AFD-FRAKTION BRANDENBURG



ASYL & MIGRATION

Abschiebungen statt Kuscheljustiz.

Im Land Brandenburg befanden sich Ende 2022 insgesamt 10 706 ausreisepflichtige und 4549 vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, wovon wiederum ca. 2500 Ausländer eine vorübergehende Aussetzung der Vollziehbarkeit der Abschiebung, das heißt eine Duldung erhielten. Im gesamten Jahr 2022 wurden aber lediglich 172 Abschiebungen vorgenommen. Parallel werden fassungslos machende Ausschreitungen krimineller Ausländer mit Forderungen nach einem Böllerverbot beantwortet.

Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir fordern:

- ▶ Vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer sind konsequent abzuschicken.
- ▶ Alle Straftäter sind auch konsequent zu bestrafen.

Hier geht's zum Antrag
(Drucksache 7/7048):



Polizei- und Ordnungsstrukturen stärken.

Die Sicherheitslage hat sich in Brandenburg und deutschlandweit erheblich verschlechtert. Neben Cottbus als Gewalthauptstadt Brandenburgs ist die Sicherheitslage auch in anderen Landesteilen prekär. Innerhalb der durch unsere Fraktion anhand der Kriminalitätsstatistik vorgenommenen Auswertung sind Ausländer 6,3-mal häufiger tatverdächtig als Deutsche. Die bestehenden Polizeistrukturen wurden durch die bisherige Politik geschwächt, Stellen abgebaut und Standorte geschlossen.

Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir fordern:

- ▶ Innenstadtpolizeiwachen in Cottbus und weiteren Städten wiedereröffnen,
- ▶ Ordnungsämter mit weiteren Polizeibefugnissen ausstatten,
- ▶ gemeinsames Einsatztrainingszentrum der Polizei in Frankfurt (Oder) errichten.

